



Inhaltsverzeichnis

Türkei	Seite 01 bis 08
Irak	Seite 08 bis 12
Iran	Seite 12 bis 13
Syrien	Seite 13 bis 14
Deutschland	Seite 14 bis 15
USA	Seite 15
Publikationen	Seite 15 bis 17
Impressum	Seite 18

Türkei

Presseerklärung des IMK e.V.

Hat die türkische Presse in Deutschland kein Schamgefühl?

Neben anderen türkischen Presseorganen empörte sich am 09. Oktober 2006 auch die auflagenstärkste türkische Tageszeitung „Hürriyet“ über das Gebot, in 12 Kindergärten des Kreises Dietzenbach in Hessen zur Förderung der Integration nur noch deutsch als gemeinsame Sprache zuzulassen.

Nachdem Deutschland seine MigrantInnen und deren Kinder jahrzehntelang vernachlässigt hat und keine zukunftsorientierten Integrationsmaßnahmen ergriffen hat, erregt ein Beschluss des Stadtrats Dietzenbach den Protest ausgerechnet derjenigen Minderheit, die seit über 80 Jahren im eigenen Land die Sprachen ihrer Minderheiten ohne Widerspruch und Protest zum Teil grausam unterdrücken ließ.

In Dietzenbach tat man jedoch nichts anderes, als den Grundsatz des ‚hoch verehrten‘, Republikgründers Atatürk von der einen nationalen Sprache (und Kultur) auf deutsche Verhältnisse zu übertragen.

„Hürriyet“ selbst entgeht nicht die Parallele zur türkischen Leitkultur. Die Zeitung spricht von einem "Alman Kemalizmi", einem deutschen Kemalismus, zumal auch noch das Bild des Bundespräsidenten und die deutsche Fahne von nun an die Kindergärten "schmücken" sollen, ebenfalls nach türkischem Vorbild.

Man ist versucht, ironisch zu fragen, ob die Stadt Dietzenbach vielleicht einen türkischen Berater hinzugezogen hat.

Es wird Zeit und unser Menschenrechtszentrum fordert „Hürriyet“ sowie andere türkische Medien in Deutschland dazu auf, zuerst einmal gegen die rigide Sprachen- und Erziehungspolitik im eigenen Land lautstark zu protestieren, die gegen Minderheiten angewandt wird, die nicht erst seit 50 Jahren in ihrem Staat leben, sondern seit Jahrhunderten lange vor den osmanischen Türken in geschlossene

nen Siedlungsgebieten. So z.B. Kurden, Assyrer, Lasen.

Unser Menschenrechtszentrum fordert „Hürriyet“ und andere in Deutschland erscheinende türkische Tageszeitungen auf, gegen die Hindernisse Protest einzulegen, auf die z. B. Kurden und Assyrer stoßen, wenn sie ihren Kindern kurdische/assyrische Namen geben wollen, ferner Protest einzulegen, dass alte, historische kurdische/aramäische Namen von Ortschaften, Dörfern und Städten, Flüssen, Gebirgen (Flora und Fauna) rücksichtslos türkisiert wurden und werden.

Wir fordern „Hürriyet“ und andere in Deutschland erscheinende türkische Tageszeitungen auf, sich für die 13 Mitglieder des Parteivorstandes von HAK-PAR (Partei für Grundrechte und Freiheiten) einzusetzen, die seit über einem Jahr von einer gerichtlichen Verhandlung zur anderen geladen werden, weil sie auf ihrem Parteikongress eine Begrüßungsansprache in kurdisch gehalten hatten.

Unsere Menschenrechtsorganisation stellt noch einmal die Frage:

Hat die türkische Presse kein Schamgefühl, das sie so schamlos mit zweierlei Maß misst?

gez. Irina Wießner

2. Vorsitzende des IMK e.V.

Türkischer Ministerpräsident fordert von den kurdischen Rebellen die Abgabe ihrer Waffen

ISTANBUL – Medien berichteten am Freitag, dass der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan, nachdem ein inhaftierter Rebellenführer in einem separatistischen Konflikt eine Waffenruhe ausgerufen hatte, forderte, von den kurdischen Rebellen die Abgabe ihrer Waffen.

Der Führer der kurdischen Arbeiterpartei (PKK), Abdullah Öcalan, veröffentlichte in dieser Woche von seiner Gefängniszelle aus eine Erklärung, in der er von seinen Guerillas eine bedingungslose Waffenruhe forderte, nachdem die Gewalt im Südosten des Landes, das hauptsächlich von Kurden bewohnt wird, zunahm.

Die türkische Regierung und türkische Streitkräfte haben die früheren einseitigen Waffenruhen der PKK ignoriert. Erdogan erklärte am späten Donnerstag im TV-Kanal Samanyolu, dass Waffenruhen nur zwischen Staaten erklärt werden können.

„Der Ausdruck ‚Waffenruhe‘ ist falsch. Die Terrorgruppe muss ihre Waffen abgeben. Unsere Hoffnung ist, dass sie ihre Waffen abgeben wird“ zitierte CNN-Türk Erdogan.

Analytiker erwarten, dass die PKK den Aufruf von Öcalan, der immer noch einen großen Einfluss auf die militante Gruppe hat und von dem man annimmt, dass er die Unterstützung von Guerillaführern hat, beherzigt. Öcalans Aufruf folgte der Warnung Ankaras, dass es bereit sei, PKK-Stellungen im Nordirak anzugreifen, sollten die USA und ira-

kische Streitkräfte nicht gegen die Gruppe vorgehen. Die Türkei, die Vereinigten Staaten und die Europäische Union betrachten die PKK als Terrororganisation.

Erdogans Ausführungen wurden von dem neuen türkischen anti-Terror-Koordinator Ex-General Edip Basar, der kürzlich zusammen mit einem pensionierten amerikanischen General eingesetzt wurde, um an der Bekämpfung der PKK mitzuwirken, wiedergegeben.

Er sagte, dass der Konflikt nicht nur ein militärischer sei, sondern wirtschaftliche, politische und psychologische Dimensionen habe.

„Wenn es möglich wäre, diese Angelegenheit rein militärisch zu beenden, wäre sie bereits beendet“ berichtete er CNN-Türk in einem Interview.

Gesuch von Menschenrechtsgruppen

Der türkische Menschenrechtsverein begrüßte Öcalans Aufruf zur Waffenruhe und reichte ein ähnliches Gesuch ein. Die größte kurdische Partei des Landes veröffentlichte Anfang des Monats bereits einen solchen Aufruf.

„Wir bitten die PKK, eine Waffenruhe auszurufen, um das Blutvergießen zu beenden und einen Weg für eine demokratische und politische Lösung des Kurdenproblems zu ebnet“ hieß es in der Erklärung. Eine kurdische militante, der PKK verbundene, Gruppe hat die Verantwortung für die Welle der Bombenangriffe in der Türkei während des vergangenen Jahres übernommen, die die Besorgnis wegen des Konflikts noch verstärkt haben.

(Quelle: Reuters, 02.10.06/ Übersetzt: M. Cornelius)

Türkischer Armee-Chef verbittet sich Kritik der EU

Die türkische Armee hat sich Kritik der EU an der nach wie vor bestehenden politischen Macht der Militärs in Ankara verboten. Der neue Generalstabschef Yasar Büyükanit warf der EU am Montag in einer Grundsatzrede vor der Istanbuler Kriegsakademie vor, sie versuche, die Armee als Hindernis für die Demokratisierung der Türkei hinzustellen. Büyükanit nannte in diesem Zusammenhang namentlich den EU-Botschafter in Ankara, den deutschen Diplomaten Hans-Jörg Kretschmer. Dieser hatte vor kurzem kritisiert, dass sich die türkischen Militärs nach wie vor zu Politikbereichen äußerten, für die sie nach europäischem Verständnis keine Befugnisse hätten. *(Quelle: yahoo, 02.10.06)*

Armeechef warnt vor "islamistischer Bedrohung"

General Büyükanit ruft zum Schutz des Säkularismus auf und widerspricht Premier zur PKK
Istanbul - Der türkische Generalstabschef, General Yasar Büyükanit, hat in einer Rede vor der türkischen Kriegsakademie vor einer "islamistischen Drohung" in der Türkei gewarnt. Es gebe eine "reaktionäre Gefahr" in der Türkei. Sie müsse "mit jeder Art von Maßnahme" bekämpft werden. Büyükanit äußerte sich nicht näher, welche Maßnahmen er meinte.

Eine ähnliche Islamismuskritik hatte kurz zuvor Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer ausgesprochen. Die Errungenschaften der säkularen Republik würden zurückgedrängt, sagte Sezer...

(Quelle: Der Standard, 02.10.06)

Türkische Armee weist PKK-Waffenruhe zurück

Istanbul - Die von der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) verkündete einseitige Waffenruhe ist von der türkischen Armeeführung zurückgewiesen worden. Die Armee kündigte an, ihren Kampf gegen die PKK-Rebellen fortzusetzen. Der "Terrororganisation" bleibe nur ein Ausweg, sagte Generalstabschef Yasar Büyükanit am Montag in Istanbul, "die Waffen bedingungslos niederzulegen und sich der türkischen Justiz zu stellen".

Büyükanit widersprach damit Ministerpräsident Tayyip Erdogan, der am Wochenende erklärt hatte, wenn die PKK ihren Waffenstillstand einhalte, werde es "ohne zwingenden Grund" keine militärischen Operationen mehr gegen die Rebellen geben... *(Quelle: Frankfurter Rundschau, 04.10.06)*

PACE erkennt Bericht über Kurden an

Ankara – Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) erkannte am 4. Oktober die Resolution 1519 an und akzeptierte den Bericht über „die kulturelle Situation der Kurden.“ Die Resolution wurde mit 61 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen verabschiedet.

In dem von Lord Russell-Johnston im Juli 2006 verfassten Bericht, wird die kulturelle Situation der Kurden mit besonderem Schwerpunkt Kurden in der Türkei, zusammen mit Kurden im Irak, in Syrien, im Iran und in Westeuropa, beschrieben. Es wird erwähnt, dass die geschätzte Zahl der Kurden zwischen 25 und 30 Mio. liegt, „wodurch sie eine der größten „staatenlosen Nationen“ geworden ist.“ Der Bericht spricht von einer geschätzten Zahl zwischen 12 und 15 Millionen Kurden in der Türkei. In dem Bericht wird auch kurz die Herkunft des Wortes „Kurden“, ihre Sprache, Literatur und Geschichte der kurdischen - bevölkerten Gebiete beschrieben.

Der umfangreichste Teil des Berichtes ist das Kapitel, das die aktuelle Situation der Kurden insbesondere in der Türkei beschreibt.

Entsprechend dem Bericht ist das Gebiet, wo die Kurden in der Türkei leben, die unterentwickelte Region der Türkei. Es heißt, dass „der Anstieg des Terrorismus durch die PKK und dessen Bekämpfung durch die türkische Armee die Situation sich verschlimmert hat.“ Der Bericht betont auch, dass die türkischen Autoritäten die Kurden über Jahrzehnte nicht anerkannt haben und „alle, die für ihre kulturellen Rechte eingetreten sind, wurden als Verräter angesehen und entsprechend behandelt.“ Der Bericht beschreibt den Terrorismus durch die PKK und den Kampf der türkischen Armee als „einen ‚de facto‘ Bürgerkrieg.“

Die kürzlich erfolgten Maßnahmen der türkischen Regierung zu diesem Thema werden als „zögerlich“ definiert, jedoch werden die Bemühungen der Tür-

kei auch gelobt, indem gesagt wird „wenn diese Veränderungen mit der Situation vor noch nicht langer Zeit verglichen werden, muss man anerkennen, dass sie eine deutliche Veränderung darstellen.“ „In dem Report wird die Türkei aufgefordert, „die ‚Kurdenfrage‘ auf eine umfassende Art und Weise anzugehen und nicht nur unter einem Sicherheitsaspekt“ und schlug folgende Maßnahmen vor:

Die Unterzeichnung und Implementierung der Europäischen Charta für die regionalen und Minderheitensprachen, um die kurdischen Sprachen (Dialekte) zu schützen,

- die Sicherung der Erziehung in der Muttersprache,
- Aufklärung kurdischer Eltern über die verschiedenen Sprachangebote,
- zur Gründung von Universitätsfachbereichen über kurdische Kultur,
- die kulturelle Vereinigungen von Kurden in der Türkei unterstützen,
- die Entwicklung der Massenmedien in kurdischer Sprache fördern.

Der Bericht übermittelt den Kurden in der Türkei die Empfehlungen, dass „zahlreiche Bewohner der gesamten Region ihre Einstellungen der modernen Entwicklung anpassen sollen.“ Zusätzlich beschreibt der Bericht „Ehrenmorde“, die fast alle im Südosten der Türkei stattfinden, als barbarische Praxis, die den Menschenrechten widerspricht. *Seit 1993 verfasst PACE Berichte über Minderheiten in Europa.* (Quelle: *Journal of Turkish Weekly*, 05.10.06/ Übersetzt: M. Cornélius)

Armenien kontert Blochers Aussagen

Umstrittene Äußerungen in Ankara

In der türkisch-schweizerischen Kontroverse um die Leugnung des Genozids an den Armeniern meldet sich erstmals die Republik Armenien zu Wort. Luzi Bernet, Markus Häfliger Die Republik Armenien plädiert für die Beibehaltung der Schweizer Anti-Rassismus-Strafnorm, die die Leugnung von Völkermord unter Strafe stellt.

Es gehe darum, «ein Signal an frühere und mögliche künftige Täter zu senden», sagte der armenische Botschafter in der Schweiz, Zhorab Mnatsakanian, gegenüber der «NZZ am Sonntag». Im Gegensatz dazu hatte Bundesrat Christoph Blocher am Mittwoch in der Türkei dafür plädiert, das seit 1994 geltende Verbot der Genozid-Leugnung zu revidieren. Direkt wollte der armenische Botschafter Blochers Aussagen zwar nicht kommentieren.

Hingegen unterstrich Mnatsakanian die Bedeutung solcher Strafnormen aus Sicht eines Volkes, das vor nicht einmal hundert Jahren Opfer eines Völkermordes wurde.

Seine Aussagen wollte der Botschafter nicht nur in Bezug auf die Schweiz, sondern «in einem internationalen Kontext» verstanden wissen.

So ist im französischen Parlament für den 12. Oktober eine Debatte über eine ähnliche Strafnorm traktandiert. «Wer es zulässt, dass frühere Genozide geleugnet werden, der lässt zu, dass die Täter in der öffentlichen Meinung ungestraft davonkommen», sagte Mnatsakanian. Wer auf diese Weise zur Straf-

losigkeit früherer Täter beitrage, «der unterminiert die Verhinderung von künftigen Genoziden». Die Aussagen des armenischen Botschafters bestätigen indirekt Befürchtungen von Schweizer Diplomaten, dass Blocher mit seinen Äußerungen Position für die türkische Seite bezogen und damit die Neutralität verletzt habe. Pikanterweise findet kommende Woche in der armenischen Hauptstadt Erewan ein Treffen der Justizminister des Europarates statt. Justizminister Blocher wird jedoch nicht teilnehmen - er hat den Vizedirektor des Bundesamtes für Justiz an das Treffen delegiert. (NZZ Online, 08.10.06)

Ein Angriff auf die Rechte der Kurden

Bürgermeister von Diyarbakir unter Druck. 65 Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Unterstützung der PKK. Ein Gespräch mit Hisyar Özsoy Dr. Hisyar Özsoy arbeitet seit mehreren Jahren als Soziologe zum Thema »Soziale und politische Beteiligungsmöglichkeiten gesellschaftlich marginalisierte Gruppen« und ist Referent für internationale Kontakte der Stadtverwaltung von Diyarbakir im Südosten der Türkei

Der Oberbürgermeister der kurdischen Metropole Diyarbakir, Osman Baydemir, stand innerhalb der vergangenen vierzehn Tage gleich dreimal vor Gericht. Worum ging es?

Am 26. September musste sich der Politiker gemeinsam mit 55 weiteren Bürgermeistern der kurdischen Partei DTP (Demokratische Gesellschaftspartei) vor Gericht verantworten. Sie hatten eine Petition an den dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen gerichtet mit der Bitte, dem Fernsehsender Roj TV in Dänemark nicht die Sendelizenz zu entziehen. Die Staatsanwaltschaft wertete das als Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Der Prozess wurde nach der Beweisaufnahme auf den 23. November vertagt. Am 27. September sollte Baydemir verurteilt werden, weil er für den Transport des Leichnams eines PKK-Guerilleros einen Krankenwagen zur Verfügung gestellt hatte. In diesem Fall wurde er freigesprochen.

Und das dritte Verfahren?

Das begann am 3. Oktober wegen einer Rede des Oberbürgermeisters. Im März haben Sicherheitskräfte bei Demonstrationen zehn Menschen erschossen und 200 verletzt. Baydemir konnte die aufgebrachte Bevölkerung durch eine Ansprache beruhigen und so eine noch größere Katastrophe verhindern. Nun werden ihm zwei Sätze aus dieser dreiviertel Stunde langen Rede als Unterstützung der PKK ausgelegt. Das sind nur drei von 65 Ermittlungsverfahren und einer Vielzahl von Prozessen, mit denen der Oberbürgermeister konfrontiert ist.

Ist er ein Einzelfall?

Nein, er ist zwar stärker als andere betroffen, aber die meisten lokalen kurdischen Repräsentanten und Bürgermeister der DTP müssen sich mit ähnlichen Gerichtsverfahren auseinandersetzen. Das ist eine gezielte Kriminalisierung und ein Angriff auf die

demokratischen Rechte der Kurden. Das Vorgehen ist nicht rechtlich legitimierbar und ausschließlich politisch motiviert. Es soll verhindert werden, dass Politiker die Situation der kurdischen Bevölkerung und die Unterdrückung der kurdischen Kultur thematisieren.

Warum ist Osman Baydemir besonders betroffen?
Diyarbakir ist aufgrund der Metropolenstellung der Stadt ein Zentrum der kurdischen Repräsentation. Die Stadt ist das kulturelle, ökonomische und politische Zentrum der Kurden in der Türkei. Aufgrund der Zehnprozenthürde bei den Parlamentswahlen stellt die DTP keine Abgeordneten in Ankara, die Kurden haben in der Türkei also keine parlamentarische Vertretung. Dadurch haben die regionalen Bürgermeister auch eine türkeiweite Verantwortung. Baydemir ist Vorsitzender der Vereinigung der Kommunen des Südostens, in der sämtliche DTP-Bürgermeister organisiert sind. Damit ist er der einflussreichste demokratisch gewählte kurdische Vertreter. Deshalb wird immenser Druck auf ihn ausgeübt.

Was denken die Menschen über die Verkündung des einseitigen Waffenstillstands durch die PKK?

Die kurdische Bevölkerung ist optimistisch und hofft, dass durch den Waffenstillstand eine gewaltfreie und kommunikative Lösung des türkisch-kurdischen Problems erreicht werden kann. Aus diesem Grund folgen die kurdischen politischen Organisationen dieser Auffassung, einschließlich der PKK, die ihren Willen erklärt hat, bewaffnete Auseinandersetzungen zu beenden.

Das ist sehr wichtig. Es gibt aber nicht nur Grund zum Optimismus. Im nächsten Jahr finden Parlamentswahlen statt und keine politische Partei in der Türkei will aufgrund des populistischen und nationalistischen sozialen Klimas die kurdische Frage thematisieren.

Wenn diese Frage aber ignoriert wird und keine Schritte getan werden, auf die Belange und Erwartungen der Menschen einzugehen, könnte die Gewalt eskalieren. Viele Menschen haben die Befürchtung, dass in einem solchen Fall nicht nur der militärische Konflikt, sondern auch soziale Gewalt in Form ethnischer Konflikte eskalieren könnte. Im Westen der Türkei fanden bereits Hetz- und Lynchkampagnen gegen kurdische Migranten und Saisonarbeiter statt.

Es ist schwer vorherzusehen, was passieren wird. Die Menschen beobachten die Entwicklungen. Es ist auch möglich, dass der Waffenstillstandsprozess zu einem Zustand von anhaltendem Frieden führt.

(Quelle: jungeWelt, 10.10.06, Interview: Martin Dolzer, Diyarbakir)

Langjährige Haftstrafe für Priestermord

Acht Monate nach dem Mord an einem katholischen Priester in der Türkei ist ein türkischer Jugendlicher am Dienstag zu einer Haftstrafe von 18 Jahren und 10 Monaten verurteilt worden. Das berichtete der türkische Nachrichtensender NTV. Der verurteilte Jugendliche war zur Tatzeit 16 Jahre

alt. Die Bluttat in der Kirche Santa Maria in der Schwarzmeerstadt Trabzon hatte für Entsetzen gesorgt, weil sie sich auf dem Höhepunkt der Proteste gegen die Mohammed-Karikaturen in der islamischen Welt ereignet hatte.

Der 60-jährige Priester Andrea Santoro, der sich seit mehreren Jahren in der Türkei aufhielt, war beim Gebet in der Kirche hinterrücks erschossen worden. Die türkische Regierung und Papst Benedikt XVI. hatten mit Bestürzung auf den Priestermord reagiert. *(Quelle: baz.ch, 10.10.06)*

Türkei zu Umweltbewusstsein zwingen

Mit einem gigantischen Stauwerk-Projekt - dem Ilisu-Staudamm - im Südosten des Landes will die türkische Regierung langfristig und nachhaltig die Energieversorgung nachhaltig verbessern.

Der rund 130 Meter hohe und fast zwei Kilometer breite Staudamm, mit dem Wasser des Tigris in der Nähe des türkischen Dorfes Ilisu aufgestaut werden soll, soll im Jahr 2013 fertig gestellt sein.

Doch die durch dieses Projekt verursacht sozialen, ökologischen und historischen Stätten sind unübersehbar und in ihrer langfristigen Folgen kaum abzuschätzen. Mit der Realisierung des Projektes müssten mehrere zehntausend überwiegend kurdischstämmige Menschen ihre Dörfer und Städte verlassen. «Sie verlieren nicht nur ihre Heimat, sondern auch ihre Lebensgrundlage, ohne eine vollständige Entschädigung seitens der türkischen Regierung erwarten zu können,» sagt dazu Heike Drillisch von der Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung WEED.

Auch die historische Stadt Hasankeyf mit ihren alten Brücken, Höhlen und Grabmälern würden für alle Zeiten in dem See versinken. Aber obwohl der türkische Ministerpräsident vor kurzem den Grundstein für den Bau des Staudamms gelegt hat, ist noch nicht sicher, ob er wirklich gebaut wird.

Denn zur Finanzierung der Baukosten in Höhe von derzeit geschätzten 1,2 Mrd. Euro sind internationale Kreditbürgschaften notwendig, unter anderem auch eine deutsche Hermes-Bürgschaft. Genau an dieser Stelle sehen deutsche Umweltschutzverbände noch einen letzten Hebel, um das Projekt in eine sozial-, kulturhistorische und umweltverträgliche Richtung umzudirigieren.

Der Naturschutzbund NABU, die Umweltstiftung WWF und die Entwicklungsorganisation WEED haben die Bundesregierung deshalb aufgefordert, keine Hermes-Bürgschaft für das am Bau des umstrittenen Ilisu-Staudamms beteiligten deutschen Bauunternehmens Züblin AG zu gewähren. Auch in der Türkei selbst gibt es mittlerweile Kräfte, die die Realisierung des Staudamm-Projektes in der jetzigen Form ablehnen.

So hat der konservative Abgeordnete Muharrem Doan nach einem Bericht der türkischen Zeitung Hürriyet als Alternative vorgeschlagen, das Wasser nur bis auf 479 Metern (statt der ursprünglich geplanten 510 Meter) über dem Meeresspiegel aufzustauen. Durch den dann nur rund einhundert Meter hohen Staudamm könnte die Stadt Hasankeyf mit ihren alten Brücken, Höhlen und Grabmälern getret-

tet werden. Der Haken an der Sache: die Staudamm-Betreiber müssten bei der Energieerzeugung eine Einbuße von 15 Prozent hinnehmen, was nach derzeitiger Rechnung rund 35 Millionen Euro Mindereinnahmen pro Jahr bedeuten würde. Bleibt also abzuwarten, was in den nächsten Wochen und Monaten geschehen wird. Vor diesem Hintergrund veröffentlichten die Herausgeber der AKTUELLEN TÜRKIE RUNDSCHAU & PRIMA LEBEN vor kurzem einen Kommentar.

Darin hieß es: «Des Leben ist voller Überraschungen und manchmal ist es besser, über Dinge nicht nachzudenken, weil man sie nicht verstehen kann. Kein Prospekt und kein Reiseführer über die Türkei, in dem nicht eindringlich davor gewarnt wird, Steine oder Gegenstände, die als historisch angesehen werden könnten, aus der Türkei auszuführen. Zu wertvoll sind diese Zeugen der Geschichte, als dass sich das Land durch ahnungslose Touristen oder auch clevere Geschäftsleute um diese Dinge berauben lassen möchte.

Hohe Gefängnisstrafen drohen denen, die gegen die Gesetze verstoßen. Doch dann ist man sehr verwundert, wie im Interesse des „Fortschrittes“ ein riesiger Staudamm errichtet werden soll, in dessen Fluten eine ganze Stadt von unglaublicher geschichtlicher Bedeutung versinken soll. Ist es erlaubt nachzurechnen, wie viele Touristen in welcher Zeit wie viele Steine außer Landes bringen müssten, um das auf zu wiegen, was in diesem Stausee für alle Zeiten verschwinden soll?

Noch ist es für die internationale Gemeinschaft und natürlich den türkischen Staat nicht zu spät, Korrekturen an dem geplanten Projekt vorzunehmen.»
(Quelle: *openPR*, 10.10.06)

Amnestieforderung von Agar löst Diskussionen aus

Am dritten Tag seiner Reise durch den Südosten der Türkei wiederholte der Vorsitzende der DYP Mehmet Agar seine Forderung, dass die Regierung Schritte unternehmen müsse, um die PKK-Militanten in den Bergen für die Gesellschaft zurück zu gewinnen. Agar betonte, dass Ziel seines Vorstoßes sei, das gesellschaftliche Klima zu entschärfen. Der Wunsch zusammenzuleben müsse erneut belebt werden. Von CHP und AKP kamen ablehnende Stellungnahmen zu Agars Vorstoß.

Der CHP-Vorsitzende Deniz Baykal bezeichnete Amnestiepläne als Teil eines internationalen Szenarios, dem sich die CHP nicht beugen werde.

(Quelle: *Zaman*, 10.10.06)

Bestrafung wegen kurdischer Musik

Yusuf Ziya Öztürk (62), ein Minibusfahrer, der Passagiere zwischen dem Kreis Islahiye (Gaziantep) und der Stadt Altınüzüm transportiert, berichtete, dass er von Verkehrspolizisten wegen des Abspielens kurdischer Musik in seinem Minibus beschimpft und mit einer Geldbuße belegt wurde.

Ein Unteroffizier, der in seinem Minibus mitfuhr, warnte Yusuf Ziya Öztürk keine kurdische Musik zu spielen. Obwohl Öztürk die Musik abstellte, rief

der Unteroffizier die Bogaziçi Gendarmerie-Station an und reichte Klage gegen ihn ein.

Der Minibus wurde bei der Gendarmeriestation angehalten und seine CD und seine Fahrerlaubnis wurden eingezogen. Öztürk berichtete weiterhin: „Ein Soldat, der Kurdisch kann, hörte auf der Station die CD an.

Der Unteroffizier mit Namen Ismail ließ mich mehrfach den Teil eines Liedes ‘Kurdistan sirine’ hören und sagte: Du bist ein widerlicher Anhänger von Apo. Wir schützen dich aber du begehst Separatismus indem du Kurdistan forderst. Niemand wird es wissen, wenn ich dich hier töte.“

Die Verkehrspolizei, die zur Gendarmeriestation gerufen wurde, verurteilte mich zu einer Geldbuße von 664 YTL mit der Behauptung, ich hätte keine Transporterlaubnis für Passagiere. Ausserdem darf ich meinen Minibus 15 Tage nicht benutzen. Niemand hat eine Transporterlaubnis für Passagiere. Das Verfahren, das die Kooperative, der ich angehöre, eingeleitet hat, dauert noch an.“ Öztürk fügte hinzu, dass er nicht geklagt habe, da er Angst habe.

(Quelle: *Gündem*, 11.10.06)

Türkische Intellektuelle fordern zivile Maßnahmen zur Lösung des Kurdenproblems

Türkei, Kurdistan –Intellektuelle warnten während eines Treffens am Wochenende davor, das Militärmaßnahmen alleine das Kurdenproblem nicht lösen würden und forderten zusätzliche zivile Initiativen. Die konservative Tageszeitung Zaman berichtete gestern, dass ca. ein Dutzend Intellektuelle aus dem gesamten politischen Spektrum während eines von der Zeitung initiierten Treffens Möglichkeiten zur Konfliktlösung diskutierten. Die Intellektuellen betonten die Notwendigkeit von zivilen Initiativen zur Lösung des Problems und religiösen Bündnissen.

Die Intellektuellen unterstrichen, dass die militärischen Maßnahmen gegen die kurdische Arbeiterpartei (PKK) erfolgreich seien, jedoch nicht ausreichten, um das Kurdenproblem zu lösen. Sie betonten auch, dass weitere Schritte unternommen werden müssten, um die kulturellen, religiösen Rechte sowie das Recht auf Bildung im Lande zu verbessern. Ziel der PKK ist es, den Beitrittsprozess der Türkei in die EU zu blockieren, argumentierten die Intellektuellen. Das ist ein Grund, weshalb die Türkei am EU-Prozess und ihrer Demokratisierung festhalten sollte. Die Intellektuellen schlugen vor, dass die Regierung eine positive wirtschaftliche Diskriminierungspolitik für den Osten und Südosten des Landes verfolgen solle, da wirtschaftliche Entwicklung soziale und politische Probleme verringern würden.

Während des Treffens wurde die Bedeutsamkeit religiöser Bündnisse auch dafür hervorgehoben, um im Lande Einigkeit zu erreichen und einen gemeinsamen Weg für gegenseitiges Verständnis zu entwickeln. Die Intellektuellen argumentierten, dass für einen gesellschaftlichen Versöhnungsprozess das gegenseitige Verständnis zwischen den Türken und Kurden bezüglich der jeweiligen Bedürfnisse not-

wendig ist. Ein Punkt, der in diesem Prozess betont werden sollte, sind die religiösen Bündnisse, die sie verbinden sowie eine gemeinsame Geschichte während des Osmanenreiches.

Laut den Intellektuellen ist es für die Beendigung der Gewalt und zur Lösung des Problems auch wichtig, der kurdischen Bevölkerung politische Kanäle zur Verfügung zu stellen und ihr die Möglichkeit zur Selbstrepräsentation zu geben.

Sie schlugen vor, bei den nationalen allgemeinen Wahlen die 10%-Hürde zu senken, weil die prokurdischen Parteien trotz ihrer hohen Stimmenzahl im Osten nicht im Parlament vertreten sind, oder dass die Vertretung durch pro-kurdische Parteien mit verschiedenen Modelle gesichert wird.

Die Intellektuellen, die über die ansteigenden Spannungen zwischen Kurden und Türken beunruhigt sind, forderten die Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) auf, eine aktive Rolle bei der Vermeidung von Provokationen zu übernehmen. Der Analytiker Ali Nihat Ozcan sagte während des Treffens, dass die Führung sich bewusst sein sollte, dass solange das Problem nicht gelöst wird, ist, sind auch die Türken die Leidtragenden.

Der Akademiker Sedat Laciner unterstrich, dass es Kräfte hinter dem PKK-Terrorismus gibt, die eine Beendigung der Gewalt nicht möchten.

Die Intellektuellen betonten auch die Notwendigkeit für konstruktive Lösungen wie Gesetze, die die kulturellen Rechte und das Recht auf Erziehung in der Muttersprache garantieren, für Maßnahmen gegen das Dorfschützersystem in der Region und mehr Demokratisierung.

Bemerkungen der PNA:

- Die Benutzung der Bezeichnung "Kurdistan" ist wegen seiner angeblich politischen Folgen für die Türkei, die die Existenz eines "türkischen Teil Kurdistans" nicht anerkennt, nachdrücklich verboten.
- Nach Schätzungen sollen ca. 40 Millionen Kurden in Groß-Kurdistan (Irak, Türkei, Syrien, Iran, Armenien), das so groß ist wie Frankreich, leben, die Hälfte davon in der Türkei.
- Die kurdische Flagge wird im Bundesland Kurdistan offiziell gehisst, jedoch von den Kurden in Armenien inoffiziell. Diese Flagge ist im Iran, in Syrien und in der Türkei verboten, wo ihr Hissen ein kriminelles Vergehen ist.

(Quelle: *The New Anatolian*, 11.10.2006. Übersetzt: M. Cornelius)

Literatur-Nobelpreis geht an Orhan Pamuk

Höchste Auszeichnung. Der türkische Schriftsteller Orhan Pamuk erhält in diesem Jahr den Nobelpreis für Literatur. Dies gab die Königlich-Schwedische Akademie heute in

Zur Begründung erklärte die Akademie, Pamuk habe neue Sinnbilder für Konflikte und Verflechtungen zwischen verschiedenen Kulturen gefunden. Der Preis ist mit rund einer Million Euro dotiert. Pamuk war im vergangenen Jahr mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels ausgezeichnet

worden. Für Schlagzeilen sorgte der Schriftsteller, als er wegen Äußerungen zum Völkermord an den Armeniern in der Türkei vor Gericht gestellt wurde. Pamuk hatte in einem Interview gesagt, niemand in der Türkei wage es, über die Tötung von mehr als einer Million Armeniern in der Zeit von 1915 bis 1923 sprechen.

Die türkische Regierung hat einen Völkermord an den Armeniern stets bestritten. Nach internationalen Protesten wurde der Prozess dann aber eingestellt. In seinem Werk setzt sich Pamuk vor allem mit der osmanisch-türkischen Vergangenheit auseinander. Zu seinen bekanntesten Büchern zählen

„Die weiße Festung“ (1985), „Das schwarze Buch“ (1990) und „Das neue Leben“ (1994). Der Nobelpreis für Literatur gehört traditionell zu den umstrittensten Entscheidungen der Akademie. Im vergangenen Jahr erhielt sie der britische Dramatiker Harold Pinter. (Quelle: *wiw/rtr*, 12.10.06)

Streitbar und umstritten

So aktuell kann Literatur sein. In Frankreich wurde gestern vom Parlament ein umstrittener Gesetzesentwurf verabschiedet. Er stellt die Leugnung des als Völkermord eingestuften Massakers an den Armeniern unter Strafe. In Schweden erhält gleichentags der türkische Schriftsteller Orhan Pamuk den diesjährigen Literaturnobelpreis. Ihm drohte im letzten Dezember Gefängnis - wegen desselben Themas. Nur: Er wich im Streit um die Anerkennung des Genozids 1915 an den Armeniern von der offiziellen Linie der türkischen Regierung ab, als er festhielt, auf türkischem Boden seien 30 000 Kurden und eine Million Armenier getötet worden, «und keiner außer mir wagt es, darüber zu sprechen». Für seine klare Haltung erhielt der Autor vor einem Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels - und jetzt die renommierteste Auszeichnung im Bereich Literatur.

Eigentlich ist das ungerecht. Pamuk wird als Stimme einer aufgeklärten Türkei, als mutiger und engagierter Aufklärer ausgezeichnet. In den Hintergrund rückt dabei die Tatsache, dass Pamuk ein faszinierender Erzähler ist, ein literarischer Brückenbauer zwischen Ost und West, ein melancholischer Chronist des Lebens, ein ironischer Beobachter der Welten.

Im Gewand des historischen Romans nahm er immer wieder das Thema des Identitätsverlustes einer, seiner, Kultur auf. Mit scharfem Blick und doch voller Anteilnahme porträtiert er sein Volk. Allerdings: «So wie ich mir keine Türkei vorstellen kann, die nicht von Europa träumt, so glaube ich nicht an ein Europa, das sich ohne Türkei definiert», sagte Pamuk, als er den Friedenspreis entgegennahm. (Quelle: *breichlingzeitung.ch*, 12.10.06)

Völkermord in Türkei nicht anerkannt

Die türkische Regierung hat den Beschluss des französischen Parlaments verurteilt, der das Leugnen des Völkermords an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs im Osmanischen Reich unter Strafe stellt. Der Beschluss sei ein "Schlag" für die türkisch-französischen Beziehungen, erklärte das

Außenministerium in Ankara am Donnerstag. Es handele sich um falsche Anschuldigungen französischer Politiker, die unverantwortlich seien und nicht die politischen Konsequenzen ihres Handelns bedächten.

Der türkische Wirtschaftsminister sagte, er könne Auswirkungen für die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder nicht ausschließen. Die Regierung werde einen Boykott französischer Produkte nicht fördern, die Entscheidung liege aber letztendlich bei der türkischen Bevölkerung.

Während des Ersten Weltkriegs wurden rund 1,5 Millionen Armenier im Herrschaftsgebiet des Osmanischen Reichs umgebracht. Die Türkei, die sich derzeit um einen Beitritt zur Europäischen Union bemüht, bestreitet, dass es sich um einen Genozid handelte. Stattdessen wird offiziell von einer Vielzahl Armenier und Türken gesprochen, die bei Partisanenkämpfen ums Leben kamen.

(Quelle: diepresse.com, 12.10.06)

Verfahren gegen Demonstranten

Die 8. Kammer des Kassationsgerichtes entschied im Revisionsverfahren im Fall von Studenten, die an einer Gedenkveranstaltung für den am 3. Mai 1998 an der Izzet Baysal Universität in Bolu getöteten linksgerichteten Kenan Mak teilgenommen hatten. 6 Studenten waren zu einer 6-monatigen Haftstrafe und einer Geldbuße von je 218 YTL verurteilt worden. Ihre Haftstrafen waren zur Bewährung ausgesetzt worden. 3 Studenten waren zu 2 Jahren 6 Monaten verurteilt worden. Der Kassationshof bestätigte die Verurteilungen dieser 3 Studenten.

Der Leitende Staatsanwalt legte gegen die Urteilsbestätigung Einspruch ein, weil Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht berücksichtigt werde.

Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht könne nicht für das Universitätsgelände angewendet werden, Straftaten seien nicht festgestellt worden und es habe keine gewaltsamen Aktionen und keinen Widerstand gegen die Sicherheitskräfte gegeben. Jetzt muss der Grosse Senat des Kassationsgerichtes über den Einspruch und die Bestätigung der Urteile entscheiden. (Quelle: Radikal, 13.10.6)

Muslime freuen sich über Deschner

Karlheinz Deschners Buch über die Untaten der Kirche lenkt Muslime vom Problem der Gewalttätigkeit islamischer Terrorverbrecher ab Istanbul/Türkei. Die türkische Tageszeitung "Yeni Mesaj" freut sich über die Veröffentlichungen des Kirchenkritikers Karlheinz Deschner.

In seinem bisher achtbändigen Hauptwerk: "Kriminalgeschichte des Christentums" zeige Deschner die Geschichte der Kreuzzüge, der Inquisition, des Antisemitismus und anderer Untaten, die er der Kirche anlastet.

Der Leiter der Religionsabteilung der 19.-Mai-Universität, Mahmut Aydin, spricht davon, dass selbst im Neuen Testament von Gewalt die Rede sei. So seien die Worte Jesu in Matthäus 10:34 zu finden, die Jesus zugeschrieben werden: "Denkt

nicht, dass ich gekommen bin, Frieden auf die Erde zu bringen.

Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert." Aydin sprach die christliche Apologetik an: "Das größte Argument des Christentums gegenüber dem Islam ist, dass der Islam sich mit dem Schwert ausgebreitet habe, das Christentum dagegen durch Liebe." Dem sei nicht so, will Aydin wissen. So sei das Christentum der Theorie nach friedliebend, aber der Praxis nach die Glaubensgruppe, die das meiste Blut vergossen habe. Leider sei bisher keines der acht Bücher von Deschner ins Türkische übersetzt. Der bisher letzte Teil von Deschners Kriminalgeschichte des Christentums erschien 1994. Aydin gesteht aber auch dem Christentum zu, dass es seine Anhänger nicht zur Gewalt ruft, wie alle anderen Religionen es auch nicht tun.

Doch stehe jede Religion in Gefahr, missbraucht zu werden.

Kommentar: Genauso wie die historisch-kritische Methode der Bibelexegese Muslimen Handwerkszeug für die Kritik am christlichen Glauben, insbesondere der Bibel, gab, tragen Werke unserer Tage dazu bei, dass "Experten" als Kronzeugen gegen das "christliche Abendland" herangezogen werden. Für Mahmut Aydin wäre es allerdings sicher sehr ernüchternd, die Gedanken der europäischen Religionskritiker zur Geschichte des Islam zu hören. Das o. g. Zitat Jesu bezieht sich, wenn man es im Zusammenhang liest, eindeutig auf die Konsequenz des echten Glaubens, der eine klare Trennung zwischen noch nicht Gläubigen und wirklichen Nachfolgern Christi herbeiführt und manches Leiden für die Nachfolger Jesu zur Folge hat. Genau das zeigt sich auch in der Kirchengeschichte, besonders in den ersten 300 Jahren der Christenheit, bevor das Christentum Staatsreligion wurde. In dieser Zeit kamen unzählig viele Christen wegen ihres Glaubens an Christus um – in diesem Sinne brachte Jesus das "Schwert", nicht aber den Krieg und die Gewalt. (Quelle: Institut für Islamfragen, 14.10.06)

Papstbesuch in der Türkei: Christliche Minderheiten erhoffen sich Stärkung

Rom. Luigi Padovese, Bischof der südtürkischen Stadt Iskenderun, erhofft sich vom Türkei-besuch Papst Benedikts XVI. Ende November Verbesserungen für die örtlichen Kirchen.

Er rechne damit, dass das Kirchenoberhaupt die Rechte religiöser Minderheiten ansprechen werde, sagte der Apostolische Vikar für Anatolien laut der italienischen Tageszeitung "Corriere della Sera" vom Dienstag.

Padovese erinnerte daran, dass die Bischöfe sich bereits vor drei Jahren mit einer entsprechenden Bitte an den türkischen Ministerpräsident Erdogan gewandt hätten.

Bislang habe sich die Regierung aber in dieser Frage noch nicht amtlich geäußert. Dabei gehe es um den Schutz von Minderheiten bis zur Anerkennung des Rechtstatus.

"Bedrückendes Klima für Christen"

Der Apostolische Vikar sprach von einem derzeit "eher bedrückenden Klima" für die Christen in der Türkei. Sie seien besorgt über das negative Bild, das die Presse verbreite.

Dadurch würden Vorurteile und Fehlinformationen vertieft, wie dies schon nach dem Tod des Priesters Andrea Santoro geschehen sei. Santoro war am 5. Februar im türkischen Trabzon von einem 16-jährigen muslimischen Fanatiker ermordet worden. Diese negative Sichtweise beeinflusse auch die öffentliche Meinung, sagte der Bischof.

Bislang sei aber eine freundschaftliche oder zumindest nicht-feindliche Gesinnung vorherrschend.

Papst könnte Vorurteile abbauen helfen

Der Bischof äusserte die Hoffnung, dass die unmittelbare Begegnung mit dem Papst und seinem Denken "böswillige" Interpretationen in der veröffentlichten Meinung überwinde.

Diese hätten den Christen in der Vergangenheit grosse Schwierigkeiten bereitet. Als Beispiel für ein feindliches Klima verwies er auf die Reaktion der Familie des Mörders von Santoro auf dessen erstinstanzliche Verurteilung zu 16 Jahren Haft.

Die Mutter habe ihn als Helden und Verteidiger des islamischen Glaubens dargestellt, und sein Bruder habe den Westen für die Bluttat verantwortlich gemacht. Benedikt XVI. will das Land vom 28. November bis zum 1. Dezember besuchen.

(Quelle: kipa, 17.10.06)

Gerichtshof rügt Folter in der Türkei

Straßburg - Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat der Türkei in fünf Fällen einen Verstoß gegen das Folterverbot vorgeworfen. Den Klägern, darunter auch einem 12-jährigen Jungen, sprachen die Richter am Dienstag in Straßburg eine Entschädigung von insgesamt 55 000 Euro zu.

Der damals 12-jährige Lehrling, dem sein Chef Diebstahl vorgeworfen hatte, war 1995 in einer Polizeistation in Izmir misshandelt und schwer geschlagen worden.

Ein zweiter Beschwerdeführer, der als Mitglied der illegalen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zurzeit inhaftiert ist, war 1993 nach seiner Festnahme in Bursa von Polizeibeamten misshandelt und schwer verletzt worden. Brutal geschlagen wurde auch eine 38-jährige Mutter vor den Augen ihrer damals elf und acht Jahre alten Kinder, als sie 2000 in Izmir ihren inhaftierten Ehemann besuchen wollte.

(Quelle: dpa, 17.10.06)

Gerichtshof verurteilt Türkei

Die Türkei hat mit dem gewaltsamen Tod einer Frau während einer Militäraktion gegen kurdische Rebellen und dem spurlosen Verschwinden zweier Jugendlicher gegen das Grundrecht auf Leben verstoßen. Dies stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gestern fest. Die Straßburger Richter wiesen die Regierung an, den Angehörigen insgesamt 100 000 Euro an Schmerzensgeld zu zahlen. *(Weser Kurier, 20.10.06)*

Bilanz des IHD-Diyarbakir

Die Zweigstelle Diyarbakir des IHD hat eine Bilanz für die Monate Januar bis September 2006 herausgegeben. Demnach wurden 338 Menschen bei Gefechten getötet. Es "verschwanden" 14 Menschen. In 412 Fällen wurden Verletzungen der Meinungsfreiheit registriert. Der Verein verzeichnete 293 Beschwerden zu Folter und Misshandlungen.

(Quelle: ANF, 20.10.06)

Türkei verbietet barbusige „Freiheit“

Weil auf dem Bild eine barbusige Frau zu sehen ist, hat das Erziehungsministerium in Ankara jetzt ein Schulbuch, das eine Reproduktion des Gemäldes enthält, zensiert. Nach Angaben des Verlages beanstandete das Ministerium das Geschichtsbuch, mit dem Schüler der 7. Klasse in den Themen Bürger- und Menschenrechte unterrichtet werden sollen, anlässlich einer jetzt zur Prüfung vorgelegten Neuauflage.

Die Prüfer des Ministeriums forderten den Verlag auf, das „Bild auf Seite 65“ zu entfernen. Das 1831 erstmals ausgestellte Delacroix-Bild, das eine fiktive Szene aus der Julirevolution von 1830 wiedergibt, zeigt eine barfußige und barbusige Frau, die in der einen Hand eine Flagge, in der anderen ein Gewehr hält und die Aufständischen ins Gefecht führt.

Das Gemälde gilt als eines der ausdrucksstärksten Werke von Delacroix. Auch in vielen deutschen Schulbüchern ist es abgebildet.

Das Schulbuch mit der Reproduktion befindet sich bereits seit fünf Jahren bei den meisten türkischen Schulen im Gebrauch, wurde aber bisher nicht beanstandet.

Die Zensur des Schulbuchs löste empörte, aber auch ironisch formulierte Zeitungskommentare aus. So schrieb der Kolumnist der liberalen Zeitung „Milliyet“, das beanstandete Bild sei „ein Symbol der Französischen Revolution und damit ein Symbol der globalen Demokratie“.

Wenn man Schüler vor blanken Brüsten bewahren wolle, müsse man ihnen auch den Besuch von Museen untersagen. „Und sollten wir ihnen nicht auch verbieten, an den Strand zu gehen?“, fragte der Kommentator. Özgür Bozdoğan, der Vorsitzende einer türkischen Lehrgewerkschaft, bezeichnete die Entscheidung des Erziehungsministeriums als inakzeptabel.

Sie zeige, dass die islamische Regierungspartei dabei sei, im Bildungswesen, in Schulbüchern und Nachschlagewerken ihre eigene Weltsicht durchzusetzen. *(Quelle: Haz.de, 22.10.06)*

Irak

Rice beendet Nahost-Reise mit Öl-Gesprächen bei Kurden im Irak

Arbil - US-Außenministerin Condoleezza Rice ist zum Ende ihrer Nahost-Reise mit dem Kurdenanführer Massud Barsani im Nordirak zusammengekommen, um über die Kontrolle des Ölreichtums in der Region zu reden.

"Was die Öleinnahmen angeht, wünschen wir uns eine gerechte Verteilung im gesamten Irak", sagte Barsani am Freitag nach dem Treffen mit Rice auf einer gemeinsamen Pressekonferenz. Dabei betonte Barsani auch das Recht der kurdischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung.

Rice selbst erwähnte das Thema Öl nicht. Ein hochrangiger Mitarbeiter des US-Außenministeriums hatte vor dem Treffen jedoch gesagt, Rice wolle die kurdischen Anführer zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den schiitischen und sunnitischen Arabern im Irak drängen - insbesondere bei der Verteilung der Öleinnahme.

Die Regierung in Bagdad bereitet derzeit einen Gesetzentwurf vor, der festlegen soll, wie Investitionen und Einnahmen im Ölsektor zwischen den verschiedenen Regionen und Bevölkerungsgruppen im Irak aufgeteilt werden sollen.

Dadurch sollen auch ausländische Investitionen angelockt werden. Zuletzt waren Kurden und Araber in dieser Frage immer wieder aneinander geraten.

So hatten kurdische Politiker im vergangenen Monat mit einer Abspaltung vom übrigen Irak gedroht, sollte die Regierung in Bagdad nicht die Forderungen nach einer Mitsprache bei der Entwicklung der kurdischen Ölfelder im Nordirak fallen lassen.

Rice war am Donnerstag zu einem unangekündigten Besuch in Bagdad eingetroffen, um mit hochrangigen Regierungsvertretern sowie Mitgliedern der verschiedenen Bevölkerungsgruppen über die politische Entwicklung im Irak zu beraten.

Als Teil ihrer Nahost-Reise hatte Rice zuvor Israel, die Palästinenser-Gebiete, Ägypten und Saudi-Arabien besucht. (Quelle: Reuters, 06.10.06)

Araber gegen Kurden

Die Gewalt im Nordirak wächst. Autobomben-Anschläge vervielfachen sich und Familien verlassen die größte Stadt der Region

Als ein Teil des Machtkampfes zwischen Arabern und Kurden nehmen die Bombenanschläge und Schießereien im Nordirak zu. Autobomben-Anschläge in der an Öl reichen Stadt Kirkuk haben sich im vergangenen Monat vervielfacht und hunderte von kurdischen Familien haben die größte Stadt im Norden, Mosul, verlassen, um der Gewalt zu entkommen.

Das Blutvergießen ist lange nicht so schlimm wie in Bagdad, wo in den letzten Monaten tausende von Menschen umgekommen sind. In Mosul und Kirkuk sind in diesem Sommer einige hundert getötet worden.

Aber die schleichende Gewalt im Norden, einer Region, von der amerikanische Politiker gehofft hatten, dass sie stabiler würde, zeigt, wie schwierig es ist, alle irakischen Krisengebiete auf einmal unter Kontrolle zu halten.

Politiker aus Kirkuk haben einen zehn Meilen langen Graben um den südlichen und westlichen Sektor der Stadt, wo hauptsächlich sunnitische Araber leben, graben lassen, um die Seitenstraßen abzusperren und somit zu verhindern, dass Autobomben in die Stadt transportiert werden.

Ca. 2.000 irakische Soldaten und Polizisten riefen am Freitag und Samstag in Kirkuk eine Ausgangssperre aus und suchten in Häusern nach Waffen und anderen verdächtigen Gegenständen.

„Ich habe das Gefühl, dass es gewisse Sicherheit in der Stadt gibt“ sagte eine kurdische Mutter von fünf Kindern, nachdem ihr Haus am Samstag durchsucht wurde. „Wenn meine Kinder zur Schule gehen und ich eine Explosion höre, habe ich, egal wie weit sie entfernt ist, Angst um sie“.

Laut Angaben der Polizei stieg die Zahl der Autobombenanschläge in der Stadt von drei im August auf 16 im September und die Zahl der Toten von 12 auf 42. Zahlen aus der restlichen Provinz von Tammim, von der Kirkuk die Hauptstadt ist, sind nicht bekannt. Laut AP ist jedoch ein Anstieg der Gewalt zu verzeichnen. Die höchste Zahl der Toten wurde im Juli mit 93 Personen erreicht.

Für die Angriffe, die sich gegen Kurden und die kurdisch-dominierten Polizeikräfte richten, werden hauptsächlich die sunnitisch-arabischen Aufständischen verantwortlich gemacht.

Viele warnen, dass Kirkuk sich zu einem Hauptkonfliktzentrum im Irak entwickeln könnte. Das Regime von Saddam Hussein hat Tausende von Kurden aus der Stadt vertrieben und siedelte Araber an, um die Stadt zu „arabisieren“ und alleinige Kontrolle über ihre Ölvorräte zu haben. Nach der Entmachtung von Saddam kamen die Kurden wieder zurück, wo sie jetzt in Lagern oder Stadien leben und auf neue Häuser warten. (.....)

(Quelle: Associated Press, Yahya Barzanji und Lee Keath, 09.10.2006. Übersetzt in Auszügen: M. Cornelius)

Saddam-Prozess: Zeugen berichten von Vergewaltigungen

Ex – Staatschef erneut des Saales verwiesen, weil er Staatsanwälte „Zuhälter“ und „Verräter“ nannte. Bagdad - Im Prozess gegen den irakischen Ex-Staatschef Saddam Hussein wegen Völkermords an den irakischen Kurden haben Zeugen am Dienstag von brutalen Vergewaltigungen in Gefangenenlagern berichtet. Ein Wächter habe die weiblichen Gefangenen regelmäßig gegen ihren Willen berührt, sagte eine Augenzeugin vor Gericht, die gemeinsam mit ihrer Familie im April 1988 von irakischen Sicherheitskräften festgenommen worden war. Der Wächter habe eine Kurdin vor den Augen ihrer Familie vergewaltigt und anschließend erschossen.

Opfer beging Selbstmord

Ein anderer Zeuge berichtete, eine Frau sei immer wieder vergewaltigt worden und habe sich deshalb das Leben genommen. Einige Häftlinge hätten daraufhin den Täter angegriffen und seien dafür misshandelt worden. Mehrere Zeugen sagten, die Sicherheitskräfte hätten den Kurden im Lager vorgeworfen, für den Iran zu spionieren.

In dem Prozess muss sich Saddam Hussein zusammen mit sechs Gefolgsleuten wegen Völkermords an nordirakischen Kurden in den Jahren 1987 und 1988 verantworten. Bei der "Operation Anfal" wurden mehr als 180.000 Kurden getötet. Dem ehemaligen Machthaber droht hierfür die Todes-

strafe. Nach einem turbulenten Prozesstag, in dessen Verlauf Saddam Hussein und ein Mitangeklagter des Saals verwiesen wurden, wurde die Fortsetzung der Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Saalverweis

Saddam wurde am Dienstag ein weiteres Mal des Saales verwiesen. Nach einem Wortwechsel Saddams mit dem Vorsitzenden Richter Mohammed al-Ureybi ließ dieser auch die anderen sechs Angeklagten aus dem Saal bringen. In dem Verfahren geht es um die Klärung der Schuld für die Ermordung von über 100.000 Kurden im Nordirak Ende der 80er Jahre. Am Dienstag hörte das Gericht weitere kurdische Zeugen an, die über die gewaltsame Vertreibung aus ihren Dörfern und die darauf folgende Ansiedlung von arabischstämmigen Irakern berichteten.

Richter Ureybi stellte Saddam das Mikrofon ab und ordnete den Gerichtsverweis an, als der Angeklagte nach der Zeugenaussage der ersten Kurden das Wort ergreifen wollte. Einige Mitangeklagte protestierten daraufhin und schrien den Richter an. Ein Angeklagter wurde des Gerichts verwiesen, weil er die Staatsanwälte "Zuhälter" und "Verräter" genannt hatte. Während er hinausgeführt wurde, schlug er einen der Wächter. (Quelle: APA, 10.10.06)

Irakisches Parlament genehmigt das Föderalismusgesetz

Bagdad – Das irakische Parlament genehmigte am Mittwoch das umstrittene Gesetz für eine föderale Struktur des Landes. Die größten sunnitischen Gruppen boykottierten die Parlamentsabstimmung. Insbesondere die irakische „Accord Front“, angeführt von Adnan al-Deleimi, blieb der Abstimmung fern.

Im Vorfeld der Parlamentsabstimmung sagte al-Deleimi, dass seine sunnitisch-orientierte Partei, die 44 Sitze hat, „niemals eine Region im Süden genehmigen werde, da dies den Weg für andere ausländische Länder öffne, die ein besonderes Interesse an dem Land haben“. Dies könnte wie ein Hinweis auf den Iran gedeutet werden, der Einfluss nehmen könnte.

Das Föderalismusgesetz wird nicht früher als 18 Monate nachdem Parlamentsbeschluss wirksam.

Das Gesetz, das von dem irakischen schiitischen Bündnis vorgeschlagen wurde, sieht die Teilung des Landes in föderale Regionen vor, wobei die Schiiten eine Region im südlichen und zentralen Irak erhalten, ähnlich der von den Kurden im Norden geschaffenen.

Die Frage der föderalen Regionen hat zu hitzigen Debatten im Parlament geführt, die die Spannungen und Trennungen zwischen den Schiiten und Sunniten widerspiegeln. (.....)

(Quelle: dpa, 11.10.06. Übersetzt: M. Corneliu)

Priester in Mossul ermordet

Im Irak wurde erneut ein christlicher Geistlicher ermordet: Es handelt sich um den syrisch-orthodoxen Priester Paulos Eskandar, der am Montag von Unbekannten in Mossul entführt worden war.

Die Leiche sei am Mittwoch gefunden worden, berichtet die katholische Nachrichtenagentur AsiaNews. Der 55-Jährige sei enthauptet worden.

Der Mord an Paulos Eskandar hat im Irak ungeheures Aufsehen erregt. Die orthodoxen und katholischen Bischöfe des Landes, aber auch der Apostolische Nuntius in Bagdad setzten sich am Donnerstag mit den irakischen Spitzenpolitikern, aber auch den Befehlshabern der US-amerikanischen Besatzer in Verbindung, um ihrer Empörung über die Bluttat Ausdruck zu verleihen. (kathpress 12.10.06)

Geplante Versöhnungskonferenz im Irak abgesagt

Die irakische Regierung hat am Sonntag eine geplante Versöhnungskonferenz «aus dringenden Gründen» abgesagt. In einer Stellungnahme hiess es, das Treffen, das am kommenden Samstag stattfinden sollte, werde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten sowie Anschläge von Aufständischen kosten im Irak jede Woche hunderte Menschen das Leben. Ministerpräsident Nuri al-Maliki ist es bisher nicht gelungen, eine breite politische Koalition zu schmieden. (Quelle: baz.ch, 15.10.06)

"Welt hat irakische Christen vergessen"

„Die Welt hat die irakischen Christen vergessen.“ Das beklagte der chaldäische Patriarch Emmanuel III. Delly in Bezug auf die Ermordung des Priesters Paulos Eskander.

Die Situation der Christen im Irak sei schlecht. Ein Grund hierfür sei die Einmischung vieler Nationen in das Leben des Landes, das über Jahrhunderte von einem friedlichen Miteinander von Christen und Muslimen geprägt war. Delly appellierte an seine Landleute, wieder zu diesem Zustand zurückzukehren. Das Schwinden der christlichen Bevölkerung in dem Land sei ein großer Verlust für den Irak und werde auch für die Muslime schwerwiegende Konsequenzen haben. (Quelle: asianews 16.10.06)

Saddam Hussein fordert

Der irakische Ex-Präsident Saddam Hussein hat seine Landsleute aufgefordert, die Gewalt zwischen den Religionsgruppen einzustellen.

"Diese ist von den Amerikanern und den Iranern entfacht worden", sagte Saddam nach Angaben seines Anwalts Chalil al-Dulaimi vom Montag. Al-Dulaimi hatte mit Saddam am vergangenen Samstag im Gefängnis die Mahlzeit zum Fastenbrechen eingenommen.

Am Sonntag hatten arabische TV-Sender ein Video ausgestrahlt, in dem ein angeblicher Sprecher einer irakischen Terrorgruppe erklärte, seine Gruppe habe in Bagdad und mehreren mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen des Landes einen "islamischen Staat" gegründet. Diese Botschaft war als Reaktion auf die Autonomiebestrebungen der Kurden und Schiiten verstanden worden.

Der erste Prozess gegen Saddam und sieben weitere Funktionäre seines Regimes wurde derweil auf den

5. November vertagt. Das berichtete der Nachrichtensender Al-Arabija. Ursprünglich hätten sich die Richter an diesem Montag zu Beratungen über die Urteilsfindung zusammenfinden sollen.

In dem Verfahren geht es um die Hinrichtung von 148 Schiiten aus der Kleinstadt Dudschail, in der 1982 ein Attentat auf Saddam fehlgeschlagen war. In einem zweiten Prozess wegen des Völkermordes an den Kurden ist die Anhörung der Zeugen noch nicht abgeschlossen.

In der nordirakischen Stadt Kirkuk forderte eine Gruppe von Stammesführern die Freilassung des früheren Machthabers.

Im Irak sollen nach einer Zählung der Regierung inzwischen 28 verschiedene Milizen ihr Unwesen treiben. Das sagte der Parlamentsabgeordnete Wael Abdel Latif der irakischen Zeitung "Al-Bajana Al-Dschadida" (Montagausgabe). Ministerpräsident Nuri al-Maliki hat die Auflösung der Milizen zu einem der wichtigsten Punkte seines politischen Programms erklärt.

Durch Terroranschläge und Attentate starben am Montag im Irak mindestens 28 Menschen. Bei der Explosion einer Autobombe vor einer Bank in der Stadt Al-Suwaira kamen zehn Zivilisten ums Leben. Nach Angaben des US-Militärkommandos töteten Aufständische in der Anbar-Provinz am Sonntag zwei amerikanische Soldaten.

Unbekannte ermordeten einen Mitarbeiter des staatlichen irakischen Fernsehsenders Al-Irakija. Wie aus Sicherheitskreisen verlautete, wurde Ali Halil in West-Bagdad erschossen.

Seit Sonntagabend sind außerdem drei Iraker verschwunden, die in der Druckerei der regierungsnahen Zeitung "Al-Sabah" beschäftigt waren.

(Quelle: dpa, 16.10.06)

Saddam-Urteil voraussichtlich am 5. November

Im Prozess gegen den früheren irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein wird das Urteil möglicherweise am 5. November gesprochen. Generalstaatsanwalt Jaafar al-Mussawi sagte am Montag, die Urteilsverkündung finde an diesem Tag statt, wenn die Überprüfungen bis dahin abgeschlossen seien. Die Richter waren am Montag zusammengekommen, um über den kommenden Verhandlungstag zu beraten.

Bei dem Prozess geht es um die Ermordung von 148 Schiiten aus dem Dorf Dujail, nachdem dort im Jahr 1982 ein Anschlag auf Saddam Hussein verübt worden war.

Die Staatsanwaltschaft fordert die Todesstrafe für Saddam Hussein und zwei seiner sieben Mitangeklagten. In einem anderen Prozess muss sich Saddam Hussein zusammen mit sechs Gefolgsleuten wegen Völkermords an nordirakischen Kurden in den Jahren 1987 und 1988 verantworten. Bei der "Operation Anfal" wurden rund 180.000 Kurden getötet. (Quelle: APA, 16.10.06)

48 getötete Journalisten im Irak seit Januar

Seit Januar sind im Irak nach Berechnungen der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) bereits 48 Journalisten und andere Medienmitarbeiter «kaltblütig getötet» worden. Damit habe die Presse 2006 im Irak einen höheren Blutzoll bezahlt als je zuvor. «Journalisten werden mehr angegriffen als irakische Politiker», berichtete der Verband am Dienstag in Paris. Während die Politiker in der besonders geschützten grünen Zone Bagdads arbeiteten, seien die Journalisten ohne Schutz inmitten der Bevölkerung. Erst am 12. Oktober waren beim Angriff auf Mitarbeiter eines neuen irakischen TV-Senders nach neuen Angaben elf Menschen getötet worden. (Quelle: Klein Report, 18.10.06)

Bush: Regionen machen Irak „gefährlicher“

US – Präsident relativiert Einfluss des Iran

In einem Interview mit dem erreaktionären und glühenden Bush-Verteidiger Bill O'Reilly von FOX News erklärte Präsident George W. Bush, drei autonome Regionen seien „nicht der richtige Weg“ für den Irak, sondern würden das Land nur „noch gefährlicher“ machen und ein noch größeres Chaos verursachen: „Wenn wir drei autonome Regionen schaffen, würden die Schiiten und die Sunniten miteinander wetteifern, und die Kurden könnten ein noch größeres Problem für die Türkei werden“.

„Letztlich wird ein Erfolg im Irak von der Bereitschaft des irakischen Volkes abhängen, harte Arbeit zu leisten“, erklärte Bush.

Auf O'Reillys Behauptung, FOX News Militärberater seien der Ansicht, der Iran stehe hinter den Aufständischen im Irak, antwortete Bush eher vorsichtig: „Der Feind ist komplexer. Wir sind über die Involvierung des Iran besorgt. Aber die Gewalttaten, die die Amerikaner auf ihren Fernsehschirmen sehen, sind teilweise konfessionell, teilweise kriminelle Aktivitäten und teilweise Al-Kaida.“

Die Strategie im Irak ändere sich ständig. „Es liegt also nahe, dass wir, wenn wir eine noch stärkere Involvierung des Iran sehen, unsere Taktik entsprechend anpassen, um dieser Bedrohung zu begegnen.“

Die mehr als 60% der Amerikaner, die derzeit gegen den Irakkrieg sind, wünschen sich laut Bush, „dass wir gewinnen“. Bush gab allerdings keine schlüssige Antwort auf seine eigene Fragestellung, wie dieser Sieg zu bewerkstelligen sei.

Alliierter gegen Terror

Bush setzt also die Linie fort, die er auch vergangene Woche bei einer Pressekonferenz vertreten hatte: „to stay the course“, die derzeitige Kursrichtung beizubehalten: „Die Lage im Irak ist schwierig, gar keine Frage“.

Der politische Prozess schreite jedoch weiter fort. Und es sei diese Kombination von Sicherheit und politischem Prozess, die es den USA ermöglichen würde, „unser Ziel zu erreichen, nämlich ein Irak, der sich selbst regieren, selbst erhalten und selbst

verteidigen kann, und ein Alliiertes im Krieg gegen den Terrorismus sein kann“.

Würde man das Land jetzt im Stich lassen, würden die Terroristen die Kontrolle ergreifen und „einen neuen sicheren Hafen schaffen, von dem aus sie neue Attacken gegen Amerika vom Stapel laufen lassen können“. (DER STANDARD, 18.10.06)

Turkmenen wollen mehr

Nach den Kurden und den Schiiten fordert nun auch die turkmenische Minderheit im Irak ein eigenes Autonomiegebiet.

Der stellvert. Vorsitzende der turkmenischen Ahal-Partei, Ali Mahdi, sagte in Kirkuk: "Nach internationalem Recht hat jedes Volk ein Recht auf Selbstbestimmung, und wir Turkmenen fordern die Gründung eines turkmenischen Autonomiegebietes, das von Tel Afar (bei Mossul) bis nach Mandali (an der Grenze zum Iran) reicht." Den Vertretern der großen Kurdenparteien warf er Rassismus vor. Ein von den Kurden gefordertes Referendum in der nordirakischen Vielvölkerstadt Kirkuk müsse um mindestens acht Jahre verschoben werden, fügte er hinzu.

Die Kurden wollen die Einwohner der 250 Kilometer nördlich von Bagdad gelegenen Öl-Stadt entscheiden lassen, ob die Stadt in das kurdische Autonomiegebiet eingegliedert werden soll. Rund fünf Prozent der Iraker sind Turkmenen. (...)

(Quelle: n-tv, 19.10.06)

Soldaten werden vor Gericht gestellt

Das US-Militär will elf US-Soldaten wegen Morden im Irak den Prozess machen. Zwei von ihnen droht im Fall eines Schuldspruchs die Todesstrafe. Die Entscheidung für die Militärverfahren wurde von den Vorgesetzten getroffen.

Dies zeige die Entschlossenheit, Vorwürfen dieser Art mit allem Nachdruck nachzugehen, sagte ein Pentagonsprecher. Vier der Soldaten werden angeklagt, im März ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt und durch einen Schuss ins Gesicht getötet zu haben. Der Anklage zufolge ermordeten sie dann auch die Eltern und die Schwester des Opfers. Vier weiteren Soldaten wird vorgeworfen, drei Gefangene frei gelassen zu haben, um sie dann hinterrücks zu erschießen. Ferner müssen sich drei Marineinfanteristen verantworten, die im April in Hamdania einen Zivilisten aus einem Haus gezerrt und erschossen haben sollen. (Quelle: Dpa, 20.10.06)

Iran:

Die Zivilgesellschaft im Visier der Konservativen

Nach den blutig niedergeschlagenen Studentenprotesten im Juni 1999 blieben größere Demonstrationen gegen das iranische Regime aus. Seither unterdrücken die Konservativen jede Form der freien Meinungsäußerung.

Was vor sieben Jahren Anlass für die schwersten Unruhen seit der Islamischen Revolution war, ist im Iran zur Gewohnheit geworden: Die systematische

Beschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit. Noch im September wurden vier Zeitungen geschlossen, darunter die bekannteste reformorientierte Zeitung "Shargh". Kritiker und zivilgesellschaftliche Kräfte geraten immer mehr unter Druck.

Kritik nicht geduldet

Die Konservativen bündeln mit dem Gewinn der Parlamentswahlen 2004 und der Wahl Ahmadinedschads im Juni 2005 zum Präsidenten endgültig die politische Macht. Der "Wächterrat" und das Amt des "Obersten Führers" sind seit jeher Domänen der Ultrakonservativen. Diese Machtkonzentration soll unter allen Umständen verteidigt werden. So erhielten die - den Konservativen unterstehenden - Milizen wie die "Bassiji" mehr Freiheiten bei der Überwachung und Bestrafung von Dissidenten. Jegliche Demonstration, gleich welcher Couleur, wird schnell - und falls möglich - noch vor der Versammlung niedergeschlagen. Willkürliche Festnahmen ohne Anklage oder Gerichtsurteile stehen laut den Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International auf der Tagesordnung.

Davon sind Journalisten, Frauen- und Menschenrechtsaktivisten genauso betroffen wie Geistliche, Parlamentarier sowie ethnische und religiöse Minderheiten. Da passt es auch ins Bild, dass das Kabinett vorwiegend aus ehemaligen Sicherheits- und Geheimdienstbeamten besteht.

Zäsur im öffentlichen Protest

Seitdem die junge Islamische Republik im Juli 1999 von den sechs Tage andauernden Studentenunruhen erschüttert wurde, hat sich einiges verändert. Damals kam es zu Massenverhaftungen mit mehr als 1200 Festnahmen, mindestens einem Toten sowie Todesurteilen gegen angebliche "Rädelführer". Die Masse der Studenten hat sich enttäuscht vom damaligen Präsidenten Khatami und der Politik abgewendet. "Viele Studenten haben sich von Khatami und den Reformern im Stich gelassen gefühlt", sagt Semiramis Akbari von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Seither misstrauten sie nicht nur den reformorientierten Strömungen in Regierung und Staat, sondern dem politischen System generell, so die Friedensforscherin.

Die kleine Gruppe von Studenten, die trotzdem politisch aktiv ist, sieht sich systematischen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt. Beispielsweise werden Studenten aufgrund ihres politischen Engagements die Immatrikulation an der Universität verweigert. So scheinen die Konservativen die Universitäten als potenziellen Hort von zivilem Ungehorsam weitgehend unter Kontrolle zu haben. Doch auch im außeruniversitären Bereich zeigt sich die iranische Gesellschaft als ständiger Unruheherd.

Keine Chance für Demonstranten

Am 8. Oktober diesen Jahres musste die Polizei Tränengas einsetzen, um eine Gruppe von 200 Demonstranten aufzulösen, die sich vor dem Haus des Geistlichen Hossein Kazemini Boroujerdi

versammelt hatte. Sie wollten die Verhaftung des Klerikers verhindern, der die Trennung von Religion und Politik forderte. Wenige Tage davor gingen hunderte Lehrer am Weltlehrtag auf die Straße um für bessere Unterrichtsbedingungen zu protestieren. Deren Demonstration wurde ebenso gewaltlos aufgelöst wie die friedliche Kundgebung von Frauen im Juni, die sich für mehr Rechte aussprachen. Im Januar waren bereits hunderte Busfahrer vorab inhaftiert worden, die sich für eine Gewerkschaft einsetzen wollten.

Zivilgesellschaft von oben

Neben der offensichtlichen Unterdrückung von Meinungsfreiheit wird unter der Regie von Ahmadinedschad vor allem die strukturelle Unterdrückung der Zivilgesellschaft forciert. An die Stelle von "westlichen" NGOs sollen dem Wunsch der Konservativen nach staatlich gelenkte oder dem Staat zumindest nahe stehende Organisationen treten. So wurden kontinuierlich finanzielle Hilfen von staatlicher Seite an NGOs und zivilgesellschaftliche Gruppierungen gestrichen. Verträge zur Nutzung von öffentlichen Einrichtungen werden nicht verlängert.

Die Arbeit von nichtstaatlichen Organisationen wird damit nahezu unmöglich. Unter Khatami konnten sie im Iran erstmals Fuß fassen. Doch nun kommt jegliche Unterstützung vorwiegend islamischen Verbänden zugute.

Eine "staatlich geprüfte" Zivilgesellschaft soll allmählich die bestehenden Einrichtungen verdrängen, meint der iranische Menschenrechtsaktivist Omid Memarian. Es würden immer mehr Organisationen errichtet, die mit einer Behörde verbunden seien und die Aktivitäten der bisherigen NGOs und Verbänden übernehmen. "Das wird ein Umfeld schaffen, in dem die Stimme der Zivilgesellschaft, nicht länger die Stimme des Volkes, sondern die des Staates ist". (Quelle: DW-World.de, 13.10.06)

Protest gegen Iran-Abschiebungen

New York - Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat an Schweden und die Niederlande appelliert, abgelehnte schwule und lesbische Asylbewerber nicht in den Iran zurückzuschicken.

Im Iran erwarteten Homosexuelle Folter oder sogar der Tod. Die niederländische Regierung wollte bereits im März mit Abschiebungen beginnen, legte das Vorhaben nach Protesten bis jetzt auf Eis ([queer.de berichtete](#)). Derzeit bereitet das Außenministerium einen Bericht über die Lage im Iran vor, nach dem das Moratorium beendet werden könnte. Schweden hat unterdessen Anfang Oktober begonnen, Schwule abzuschicken ([queer.de berichtete](#)). "In diesem Augenblick greift die Ahmadinedschad-Regierung gegen Widerständler durch. Es ist der falsche Augenblick für europäische Regierungen, schwule und lesbische Asylsuchende in den Iran zurückzuschicken", so Human Rights Watch in einer Erklärung.

Es gebe gegenwärtig eine Zunahme der Urteile wegen "moralischer Verbrechen", darunter auch viele Exekutionen.

Strafen: Peitschenhiebe oder der Tod

Die Menschenrechtsorganisation beschreibt im Brief an die beiden Regierungen die Strafen, die in der Islamischen Republik bei Homosexualität verhängt werden: Demnach steht laut Paragraph 111 des Strafgesetzbuches auf Sex zwischen zwei Männern die Todesstrafe. Die Paragraphen 121 und 122 bestrafen das "Vorspiel" ohne Penetration mit 100 Peitschenhieben für beide Partner. Nach dem vierten Vergehen wartet die Exekution. Nach Paragraph 123 gibt es 99 Peitschenhiebe für nicht verwandte Männer, die "nackt unter demselben Laken liegen, ohne dass dies nötig wäre". Die Paragraphen 127 bis 134 regeln lesbische Beziehungen, die mit bis zu 100 Hieben geahndet werden. Auch hier gibt es beim vierten Urteil die Todesstrafe. ([queer.de, 13.10.06](#))

Syrien:

Kurden bei Protest wegen fehlender Staatsbürgerschaft verhaftet

Mehr als ein Dutzend Kurden wurden am Donnerstag verhaftet, als hunderte von Bereitschaftspolizisten und Sicherheitsbeamten mit Tränengas und Knüppeln eine Demonstration verhinderten, mit der die Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft von ca. 300.000 in Syrien lebenden staatenlosen Kurden gefordert wurde.

„Wir protestieren die Anwendung von Gewalt durch die Polizei und die Sicherheitsdienste gegen ein friedliches öffentliches Zusammentreffen“ sagte Meshal Temo, Sprecher der kurdischen Zukunftspartei. Die Kurdische Zukunftspartei war eine der drei verbotenen politischen Parteien, die die Demonstration organisierten.

Ca. 2.000 kurdische und arabische Demonstranten wurden erwartet, auf einem belebten Platz im Zentrum von Damaskus zu protestieren. Die Organisatoren berichteten, dass die meisten von den Sicherheitskräften, die den Platz absperren, von der Demonstration abgehalten wurden.

Laut Auskunft kurdischer Aktivisten wurden die Demonstranten, die festgenommen wurden, kurze Zeit später wieder frei gelassen. Der Protest sollte an den 44sten Jahrestag eines Gesetzes aus dem Jahr 1962 erinnern, wodurch ca. 120.000 Kurden aus dem nordöstlichen Hassake-Gebiet, an der Grenze zur Türkei und dem Irak, die syrische Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Ihr syrischer Status wurde ihnen aberkannt mit der Begründung, dass sie nicht in Syrien geboren sind.

Seitdem hat sich die kurdische Bevölkerung in Syrien ungefähr auf 1,5 Millionen verdreifacht, wodurch die Kurden im Lande die zweitgrößte ethnische Gruppe ausmachen.

Die Mehrzahl ist als Staatsbürger anerkannt, jedoch ca. 220.000 Kurden werden als Ausländer geführt. Das bedeutet, dass sie kein Eigentum erwerben, die Universität nicht besuchen und keine öffentlichen

Stellen bekleiden können. Weitere 75.000 Kurden leben in Syrien ohne offiziellen Identitätsausweis, was bedeutet, dass sie keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen oder/und zur Ausbildung haben. Sie dürfen ohne offizielle Erlaubnis nicht reisen. Syriens Präsident Bashar Al-Assad hat während der letzten zwei Jahre wiederholt Zusagen gemacht, die Frage der Staatsbürgerschaft von betroffenen Kurden zu klären.

(Quelle: IRIN/ Kurdish Media, 05.10.06)/ Übersetzt: M. Cornelius)

Strafmaßnahmen gegen M. Ghanem

Das Syrische Menschenrechtskomitee (SHRC) verurteilt die Strafmaßnahmen der syrischen Behörden gegen syrische Bürger, die ihr Recht auf Meinungsäußerung zu momentanen Angelegenheiten wahrnehmen.

Zu einer der letzten solchen Maßnahmen zählt, dass der Schriftsteller Mohammed Ghanem nach seiner kürzlich erfolgten Entlassung aus dem Gefängnis seine Stelle als Lehrer am Bildungsministerium nicht wieder besetzen durfte.

Der Schriftsteller Mohammed Ghanem war sechs Monate lang inhaftiert, weil er seine Meinung zu der momentanen Situation im Lande geäußert hatte. Er wurde am 30.09.2006 entlassen und am folgenden Tag kehrte er an das Direktorat für Bildung in Alraqa zurück, erfuhr jedoch zu seiner Verwundung, dass er suspendiert war, obwohl er offiziell über 30 Jahre dort gearbeitet hatte.

Das SHRC fordert die syrischen Behörden auf, die Rechte der syrischen Bürger zu respektieren und Mohammed Ghanem wieder in den Dienst zu übernehmen, jegliche Strafmaßnahmen gegen Personen, die ihre Meinung äußern einzustellen und die Meinungsfreiheit, die in Syrien verboten ist, zuzulassen. (Quelle: SHRC, 16.10.2006. Übersetzt: M. Cornelius)

Prozess gegen Salafis

Zahlreiche Bürger werden zur Zeit von dem Obersten Gericht für Sicherheit verhört, weil sie nach Glaube und Grundsatz Salafi sind. Zehn von ihnen wurden am Sonntag dem vorgenannten Gericht vorgeführt.

Die syrischen Behörden tendieren letzter Zeit dazu, die Salafi zu verleumden, indem sie Salafis als Wahabis, Takfiris oder sogar Abtrünnige bezeichneten. In Gegenrichtung unterstützen sie den Prozess zur Stärkung des Schiitismus. Sie haben Ausländern erlaubt, nach Syrien zu kommen und den Schiitismus mit allen möglichen Mitteln zu verbreiten. Gleichzeitig verhaften sie alle Kritiker dieses Verhaltens des Regimes.

Das SHRC verurteilt die Verhaftung, Verurteilung und Kriminalisierung der Bürger, weil sie einer bestimmten Konfession oder muslimischen Lehre angehören. SHRC sieht dies als Einmischung in ihre Privatangelegenheiten. Die syrische Verfassung, die internationale Erklärung für Menschenrechte und andere Menschenrechtskonventionen erklären, dass die Wahl des Glaubens, der Konfession sowie der Lebensart und –weise das Recht

eines jeden Menschen ist und dass niemand sich hier einmischen oder versuchen darf, Andere zu verändern oder deshalb zu kriminalisieren.

Das SHRC fordert die syrische Regierung auf, jede Art von Festnahmen oder Unterdrückung, die aufgrund ihrer Einstellung erfolgten, zu beenden und alle Inhaftierten, freizulassen, einschließlich der zehn Bürger. (Quelle: SHRC, 10.10.06. Übersetzt: M. Cornelius)

Ahmad Assayed gemäß Artikel 49/1980 verurteilt

Das Oberste Gericht für Sicherheit verhängte am Sonntag, dem 8. Oktober 2006 die Todesstrafe gegen den syrischen Bürger Ahmad Mustafa Ibrahim Assayed (aus Aleppo, 43 Jahre alt) entsprechend Artikel 49/1980. Hiernach kann die Todesstrafe für die Mitgliedschaft in Verbindung zu der muslimischen Bruderschafts-Bewegung verhängt werde. Die Strafe wurde dann in zwölf Jahre Haft mit Arbeitslager umgewandelt.

Das SHRC verurteilt diese unangemessene Strafe eindeutig und fordert das syrische Regime auf, dieses ungerechte und unmenschliche Gesetz zu widerrufen, wonach Menschen zum Tode verurteilt werden können, selbst wenn über die Verbindung zu der muslimischen Bruderschafts-Bewegung Zweifel bestehen. Das SHRC fordert auch, alle Strafen, die nach diesem Gesetz gegen Einzelpersonen verhängt wurden, aufzuheben, einschließlich Herrn Ahmad Assayed, und alle anderen unverzüglich frei zu lassen.

Das SHRC bittet alle nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen, sich für die Abschaffung dieses unfairen Gesetzes und die Freilassung aller nach diesem Gesetz in syrischen Gefängnissen einsitzenden Gefangenen aktiv zu werden. (Quelle: SHRC, 10.10.2006. Übersetzt: M. Cornelius)

Deutschland:

In Berlin wollen immer mehr Kurden Christen werden

Immer mehr in Berlin lebende Kurden zeigen Interesse am christlichen Glauben. Das geht aus dem Jahresbericht 2005 des Berliner Missionswerks hervor. Das von der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und der Evangelischen Landeskirche Anhalts getragene Werk betreibt mit der reformierten Presbyterianschen Kirche der USA seit 1988 das Projekt „Mizgin“ (kurdisch: „Gute Nachricht“).

Die Presbyterianer, die bereits im 19. Jahrhundert in Kurdistan missionarisch aktiv waren, entsandten vor 18 Jahren das Pfarrerehepaar Christine und Greg Goodman-Callison nach Berlin, um eine kurdische evangelische Gemeinde zu gründen. In der Bundeshauptstadt leben rund 50.000 Kurden.

Die Pfarrer und ihre Berliner Helfer bieten unter anderem Hilfe bei Asylverfahren und Behörden-gängen sowie Englischkurse und Kinderfreizeiten an. Einmal im Monat findet eine „Feierstunde“ statt, zu der zwischen 25 und 50 Besucher kommen.

90 Prozent sind dem Berliner Missionswerk zufolge keine Christen. Die Zahl der Kurden, die sich entscheiden, Christen zu werden, nehme aber ständig zu. Daher plane man ein zweites monatliches Angebot nur für Kurden, die an Jesus Christus glauben. (Quelle: *idea*, 15.10.06)

USA:

Abteilung für kurdische Sprache an einer amerikanischen Universität eröffnet

Zu einer der größten Universitäten der Welt zählend, eröffnet die Universität von Indiana in den Vereinigten Staaten auf ihrem Gelände eine Abtei-

lung für kurdische Sprachen (Dialekte), berichtete die PNA News Agency in der vergangenen Woche. Unmittelbar nach Bekanntgabe dieser Information ließen sich zehn Studenten für ein Studium in der neuen Abteilung registrieren. John Walbridge, Leiter der Abteilung für östliche Kultursprachen, sagte, dass die kurdische Region im Norden des Iraks und Teilen der Türkei sowie anderen Ländern des Mittleren Ostens, eine sich entwickelnde Region ist.

Aus diesem Grunde ist das Studium der kurdischen Sprache notwendig. Walbridge betonte auch, dass die amerikanische Regierung die kurdische Sprache als eine der wichtigsten Sprachen der Region ansieht. (Quelle: *Peyamner daily News/ The Kurdish Globe*, 04.10.06/Übersetzt: M. Cornelius)

*Sehr verehrte Leserin,
sehr verehrter Leser,*

Wir möchten an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere aktualisierten WEB-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

*Mit freundlichen Grüßen.
Ihre Redaktion*

PUBLIKATIONEN

Die Kinder des Engel Pfau – Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi Johannes Düchting

KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, dass die Yezidi irgendwo im „wildem Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluss auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflusst worden sind. **Bestellung: beim IMK e.V.**

Dokumentation: Trauma und Therapie **Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt**

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griese, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting

Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 – 933881 – 19 – 6, Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,- Euro (incl. Versandkosten)

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungs-Gebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 12,- Euro (incl. Versandkosten)

AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND - Die Situation staatenloser Kurden in Syrien

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbestrebungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslage geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind.

Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen.

Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte.

Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)

**Drei Bücher des französischen Autoren Francois-Xavier Lovat aus Paris
Francois-Xavier Lovat bereiste im Jahr 1963 zum ersten Mal den Irak. Seitdem hat er drei Bücher herausgebracht, die wunderschöne und beeindruckende Fotos enthalten. Sie sind nachfolgend beschrieben:**

KURDISTAN, Irak

140 wunderschöne Farbfotos – eine Ansammlung von Schnappschüssen mit kurzer historischer Beschreibung. Das Buch versucht auf, das tägliche Leben der Kurden im Irak, die zerrissen von zerstörerischen Kriegen und Opfer des doppelten Embargos der Vereinten Nationen und der Regierung von Bagdad sind, wiederzugeben.

Geschrieben in kurdischer, französischer und englischer Sprache.

(103 Seiten, €29,-- einschl. Versand)

KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY

Dieses Buch, mit ca. 140 farbigen beeindruckenden Aufnahmen und Portraits sowie Fotos von zahlreichen Veteranen des historischen Marsches vom 27. April bis 18. Juni 1947, der sie nach dem Zusammenbruch der Mahabad Republik nach Russland in Sicherheit führte, beschreibt die Entwicklung der KDP von 1946 bis 1999.

Geschrieben in englischer und arabischer Sprache. (128 Seiten, €29,-- einschl. Versand)

KURDISTAN : LAND of GOD – GOTTESLAND

In diesem Buch mit 114 wunderschönen Farbfotos sind alle Religionen beschrieben, die Kurdistan zu einem einzigartigen Land Gottes gemacht haben. Im mittleren Osten, der Wiege aller Zivilisation und der monotheistischen Religionen, umgeben von Blutdurst und Gewalttätigkeit, im Zentrum der schlimmsten Massaker und der größten Toleranz, ist Kurdistan einzigartig.

Dieser Kreuzpunkt großer Wanderungsbewegungen und daher von intensivem wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Austausch, wurde mit seinen Bergen eine Zufluchtstätte für die Unterdrückten, die sehr oft Opfer von religiösen Verfolgungen waren. Diese Geographie hilft, die extreme Vielfalt der Religionen in Kurdistan zu verstehen.

Geschrieben in kurdischer, englischer und deutscher Sprache.

(140 Seiten, €34,-- einschl. Versand)

Alle drei Bücher können über das IMK bezogen werden.

ISSN 1438- 08 , Herausgeber: IMK e.V., Postfach 200738, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802, Fax: + 49 228 36 32 97

e-mail: imkkurds@aol.com, Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: 92,00 €
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: 46,00 €
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: 31,00 €

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäfts-Konto: 83457 00

Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE33 IBAN: DE82 3702 0500 0008 3457 00